

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2008

Ausgegeben am 30. September 2008

Teil III

---

**139. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Mazedonien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**  
(NR: GP XXIII RV 258 AB 429 S. 46. BR: AB 7883 S. 753.)

---

139.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird genehmigt.

**Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Mazedonien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**

[deutschsprachiger Abkommenstext siehe Anlagen]

[englischsprachiger Abkommenstext siehe Anlagen]

[mazedonischsprachiger Abkommenstext siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 9 Abs. 1 des Abkommens wurden am 14. März bzw. 27. August 2008 abgegeben; das Abkommen tritt daher gemäß derselben Bestimmung mit 1. November 2008 in Kraft.

**Gusenbauer**

**ABKOMMEN  
ZWISCHEN  
DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH  
UND  
DER REGIERUNG DER REPUBLIK MAZEDONIEN  
ÜBER  
WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Mazedonien, im Folgenden Vertragsparteien genannt, überzeugt davon, dass die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf Basis der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung eine wichtige Grundlage der Beziehungen zwischen den Vertragsparteien bildet und zugleich ein Element zur Sicherung der Stabilität Europas darstellt, im Hinblick auf die in den bisherigen bilateralen wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien gewonnene positive Erfahrung und die Notwendigkeit der Vervollkommnung dieser Beziehungen zu beiderseitigem Nutzen, unter Berücksichtigung der raschen Erweiterung des wissenschaftlichen und technischen Wissens sowie der Internationalisierung von Wissenschaft und Technik, von dem Wunsche geleitet, die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik entsprechend den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, insbesondere im Zusammenhang mit den Integrationsprozessen in Europa, zu vertiefen, in Anerkennung der Wichtigkeit einer verbesserten Koordination der bilateralen Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik, sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

Die Vertragsparteien unterstützen in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Rechtsvorschriften und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der jeweils festgelegten staatlichen Prioritäten in Wissenschaft und Forschung.

**Artikel 2**

- (1) Die Vertragsparteien fördern die Entwicklung direkter wissenschaftlich-technischer Beziehungen zwischen ihren staatlichen Institutionen, Hochschuleinrichtungen, den Akademien der Wissenschaften und ihren nationalen Forschungs- und Technologiezentren.
- (2) Die Vertragsparteien unterstützen gemäß ihren nationalen Gesetzen die Teilnahme von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Expertinnen und Experten an gemeinsamen Projekten im Rahmen bestehender und zukünftiger europäischer und internationaler Programme.

**Artikel 3**

Die in Artikel 1 vorgesehene Zusammenarbeit soll insbesondere folgende Formen umfassen:

1. Austausch wissenschaftlich-technischer Informationen, Dokumentationen und Veröffentlichungen;

2. Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Expertinnen und Experten im Rahmen bilateraler, von den Vertragsparteien genehmigter wissenschaftlicher Projekte zur Durchführung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit;
3. gegenseitige Entsendung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Expertinnen und Experten zum Zweck der Durchführung von Beratungen, Vorträgen und Spezialstudien;
4. Durchführung und Unterstützung gemeinsamer bilateraler oder multilateraler wissenschaftlicher Veranstaltungen und Programme, in deren Rahmen gegenseitig Forschungsmaterial, wissenschaftliche Geräte und Ausrüstungen zur Verfügung gestellt werden.

#### **Artikel 4**

- (1) Nach diesem Abkommen findet kein Zahlungsverkehr zwischen den Vertragsparteien statt. Jede Vertragspartei übernimmt bei gemeinsamen wissenschaftlichen Projekten gemäß Artikel 3 für die von ihr entsandten Personen die Reisekosten, für die von ihr empfangenen Personen die Aufenthaltskosten und unterstützt die empfangenen Personen bei Bedarf bei der Beschaffung einer angemessenen Unterkunft.
- (2) Finanzielle Unterstützung für gemeinsame wissenschaftliche Projekte gemäß Artikel 3 wird für die Mobilität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten zur Verfügung gestellt.
- (3) Die entsendenden Institutionen der Vertragsparteien stellen sicher, dass die entsandten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten ausreichend krankenversichert sind.

#### **Artikel 5**

- (1) Zur Beratung aller Fragen der Durchführung dieses Abkommens setzen die Vertragsparteien eine Gemischte Kommission für Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit ein, im Folgenden Gemischte Kommission genannt.
- (2) Die Aufgaben der Gemischten Kommission sind insbesondere:
  1. Beratung grundsätzlicher Fragen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit;
  2. Vereinbarung der Gebiete und Formen der Zusammenarbeit;
  3. Ausarbeitung von Empfehlungen an die gemäß Artikel 7 Absatz 1 für die Durchführung der Zusammenarbeit zuständigen Behörden der Vertragsparteien;
  4. Evaluierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit;
  5. Regelung aller Unstimmigkeiten, welche bei der Durchführung des Abkommens entstehen könnten.
- (3) Die Gemischte Kommission kann nach Bedarf Arbeitsgruppen für konkrete Bereiche der Zusammenarbeit einsetzen sowie Expertinnen und Experten zu den Kommissionstagen beiziehen.
- (4) Die Gemischte Kommission tritt in der Regel alle zwei Jahre abwechselnd in einem der beiden Vertragsstaaten zu einem gemeinsam vereinbarten Termin zusammen.
- (5) Die Arbeitssprache der Gemischten Kommission ist Englisch.

#### **Artikel 6**

Der Schutz des geistigen Eigentums für gemeinsame Tätigkeiten im Rahmen dieses Abkommens wird durch Vereinbarungen zwischen den zusammenarbeitenden Institutionen der Vertragsparteien geregelt. Der Schutz des geistigen Eigentums unterliegt sowohl den

geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften als auch den internationalen Abkommen über den gesetzlichen Schutz des geistigen Eigentums, die sowohl für die Republik Österreich als auch für die Republik Mazedonien in Geltung stehen.

#### Artikel 7

(1) Die österreichische Seite nennt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und die mazedonische Seite das Ministerium für Bildung und Wissenschaft als jene Behörde, die jeweils für die Durchführung dieses Abkommens auf nationaler Ebene zuständig ist.

(2) Zur Durchführung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im Sinne des Artikel 3 zählen insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Ausschreibung zur Einreichung von Anträgen für bilaterale wissenschaftliche Kooperationsprojekte;
2. Evaluierung der gemäß Punkt 1 eingereichten Projektanträge;
3. Auswahl und Genehmigung von gemäß Punkt 2 positiv evaluierten Projektanträgen.

#### Artikel 8

Die Vertragsparteien konsultieren einander auf diplomatischem Weg, falls bei der Zusammenarbeit Schwierigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten.

#### Artikel 9

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, dass ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann jederzeit unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist von jeder Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden.

(3) Dieses Abkommen kann nur im Einvernehmen beider Vertragsparteien geändert beziehungsweise ergänzt werden. Änderungen beziehungsweise Ergänzungen bedürfen der schriftlichen Form.

(4) Das Außerkrafttreten dieses Abkommens zieht nicht die Beendigung gemeinsamer Arbeiten, die auf seiner Grundlage durchgeführt werden und zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens nicht abgeschlossen sind, nach sich.

Geschehen zu Skopje, am 23. Juli 2007, in zwei Urschriften, jede in deutscher, mazedonischer und englischer Sprache, wobei alle Sprachfassungen gleichermaßen authentisch sind. Im Falle divergierender Interpretationen des Inhalts des Abkommens gilt der Text in englischer Sprache.

Für die Regierung der  
Republik Österreich:

Hahn m.p.

Für die Regierung der  
Republik Mazedonien:

Rushiti m.p.

**AGREEMENT  
BETWEEN  
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA  
AND  
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF MACEDONIA  
ON  
SCIENTIFIC AND TECHNOLOGICAL CO-OPERATION**

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Macedonia hereinafter referred to as Parties,  
Recognising that the scientific and technological co-operation on the basis of mutual benefit and equality is an important base of the relationship between the Parties and at the same time an element to secure the stability in Europe,  
With regard to the positive experience gained thanks to the good bilateral relationship in the fields of scientific and technological co-operation between the Parties and the necessity to improve this relationship for mutual benefit,  
Taking into account the rapid growth of the scientific and technological knowledge as well as the internationalisation of science and technology,  
Wishing to deepen the co-operation between the Parties in the fields of science and technology according to the political, economic and social conditions, especially in connection with the processes of integration in Europe,  
Accepting the importance to improve the co-ordination of the bilateral relationship in the fields of science and technology,  
Have agreed as follows:

**Article 1**

The Parties shall support the development of the scientific and technological cooperation in accordance with national laws and on a mutual basis in consideration of national priorities in the field of science and research.

**Article 2**

- (1) The Parties shall encourage the development of direct scientific and technological interrelations between their governmental institutions, institutions of higher education, the Academies of Sciences and their national centres for scientific and technological research.
- (2) The Parties shall support the participation of scientists and experts in joint projects in the framework of existing and future European and international programmes in conformity with their respective national laws.

**Article 3**

The co-operation provided for in Article 1 shall comprise especially the following forms:

1. Exchange of scientific and technological information, documentation and publications;
2. Exchange of scientists and experts within bilateral scientific projects approved by the Parties to implement the scientific and technological co-operation;
3. Exchange of scientists and experts for consultations, lectures and special studies;
4. Realisation and support of joint bilateral or multilateral scientific events and programmes to mutually provide scientific material, instruments and equipment.

#### Article 4

- (1) According to this Agreement there is no financial transaction between the Parties. For joint projects provided for in Article 3, each Party shall cover the travel costs for outgoing persons and the accommodation costs for incoming persons and will be helpful, if necessary, to find an adequate housing.
- (2) Financial support for joint scientific projects according to Article 3 shall be provided for the mobility of scientists and experts.
- (3) The institutions of the Parties shall assure that their outgoing scientists and experts are sufficiently insured for health.

#### Article 5

- (1) For the implementation of this Agreement the Parties shall establish a Joint Commission for Scientific and Technological Co-operation hereinafter referred to as Joint Commission.
- (2) The tasks of the Joint Commission shall be mainly:
  1. Consultation of basic questions regarding the scientific and technological co-operation;
  2. Agreement on the fields and forms of co-operation;
  3. Recommendations to the Parties' public authorities responsible for conducting of the co-operation according to Article 7, section 1;
  4. Evaluation of the scientific and technological co-operation;
  5. Settlement of any possible disagreements arising out of the implementation of this agreement.
- (3) The Joint Commission can, if necessary, establish task forces for defined areas of the cooperation as well as invite experts to the meetings of the Joint Commission.
- (4) The Joint Commission shall meet alternately in Austria and in Macedonia at a date set by both Parties normally once every two years.
- (5) The working language of the Joint Commission shall be English.

#### Article 6

The protection of intellectual property rights arising from the co-operative activities under this Agreement shall be regulated by agreements between the co-operating institutions of the Parties. Intellectual property rights shall be protected by provisions of applicable national laws as well as international agreements on intellectual property rights, which are applicable for both the Republic of Austria and the Republic of Macedonia.

#### Article 7

- (1) Responsible public authorities for the implementation of this Agreement are in Austria the Federal Ministry of Science and Research and in the Republic of Macedonia the Ministry of Education and Science.
- (2) The main tasks for the implementation of the scientific and technological co-operation according to Article 3 are the following:
  1. Call for proposals of bilateral scientific co-operation projects,
  2. Evaluation of the project proposals according to point 1,

3. Selection and approval of project proposals positively evaluated according to point 2.

#### **Article 8**

The Parties shall consult each other through diplomatic notes if any dispute concerning the interpretation or the implementation of this Agreement arises.

#### **Article 9**

- (1) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month, which follows the month, in which the Parties have informed each other in writing through diplomatic notes, that their national requirements for the entry into force have been fulfilled.
- (2) This Agreement shall remain in force for an indefinite period of time. Each Party may terminate this Agreement in writing through diplomatic notes at any time. The termination of this Agreement shall be effective after six months from the date of its notification.
- (3) This Agreement may be modified or amended only upon the consent of both Parties in writing.
- (4) The repeal of this Agreement shall not affect joint projects based on this Agreement and not finished at the time of repeal.

Done at Skopje on July 23<sup>rd</sup> 2007 in two original copies, each in German, Macedonian and English languages, all texts being equally authentic. In case of divergences of interpretation, the English text shall prevail.

For the Government of the  
Republic of Austria:

Hahn m.p.

For the Government of the  
Republic of Macedonia:

Rushiti m.p.